

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 3

Buchbesprechung: Literatur

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sukarno verzichtete «freiwillig». Noch ist er Staatspräsident, aber er musste sich bereit erklären, sämtliche Macht abzutreten. Er tat dies in einer stolzen Erklärung, die zeigt, dass sein Selbstbewusstsein, «das Beste» zu sein, noch nicht gebrochen ist.

Die eigentlichen neuen Machthaber, Suharto und Nasution, sind Militärs, die Sieger über den kommunistischen Volksaufstand. Sie werden eine eindeutig antikommunistische Linie einschlagen. Ob sie auch prowestlich ist, wird sich zeigen, denn eines haben sie sicher mit Sukarno gemeinsam, sie sind, wie er, Nationalisten. Ihre erste Aufgabe wird sein, wieder Ruhe und Ordnung in das schwer mitgenommene Inselreich zu bringen. Dass sie Sukarno nicht einfach kalt beiseite schafften, zeigt einerseits, dass sie sich bewusst sind, dass er nach wie vor im Volk einen grossen Rückhalt besitzt, und andererseits, dass sie gewillt sind, besonnen und versöhnlich zu operieren. Der nominelle, aber machtlose Staatspräsident Ahmed Sukarno soll ihnen als Schutzschild dienen.

Otto Schmidt

Literatur

Der Sturz des Zaren

Zum 50. Jahrestag der Russischen Märzrevolution 1917

Ein halbes Jahrhundert schon seit dem Ausbruch der Russischen Revolution im März 1917! Der 1. Weltkrieg lastete seit zweieinhalb Jahren schwer auf dem Riesenreich. Die Herrschaft des Zaren schien aber zu Jahresbeginn noch unbestritten. Keine politische Partei hatte die Märzrevolution vorhergesehen. Wie eine Elementarkatastrophe brach sie herein und veränderte über Nacht Land und Leute. Die Bolschewiken, damals noch eine Minderheit unter den russischen Revolutionären, waren ebenso überrascht wie alle anderen politischen Gruppen.

Streik, Demonstrationen und Aufstand in Petrograd

Anfang März (Ende Februar laut damaliger russischer Zeitrechnung) brach im grössten Metallwerk Petrograds (später Leningrad), in den Putilowwerken, ein Streik aus. Hunger war der unmittelbare Anlass. Seit einiger Zeit gab es nicht mehr genug Brot. Metallarbeiter und die Textilarbeiterinnen demonstrierten einige Tage später gegen die Fortdauer des Krieges und die damit verbundenen Entbehrungen. Bald dehnte sich die Bewegung auf die übrigen Petrograder Betriebe und auf die Kasernen aus. Die wenigen Polizeitruppen wurden überrannt.

Am 6. März wurden in Petrograd Bäckereien geplündert, am nächsten Tag wurden die Putilow-Metallarbeiter teilweise ausgesperrt, am 8. März fanden in Petrograd grosse Demonstrationen statt. Die Stadt war durch Massenstreiks lahmgelegt, die Kundgebungen dauerten auch an den fol-

genden Tagen fort. Berittene Polizei ging mit Peitschen und Lanzen gegen die Demonstranten vor. Das Petrograder Arbeiterviertel Wyborg fiel in die Hände des aufständischen Volkes. Am 11. März — einem Sonntag — begannen die Demonstranten über die gefrorene Newa in das Stadtzentrum einzudringen. Zarentreue Truppen schossen auf die Massen. Aus Empörung darüber meuterte am gleichen Tag eine Kompanie der Leibgarde.

Am 12. März dehnten sich die Meutereien auf andere Regimenter aus. Zum Volksaufstand kam nun die Revolte in den Kasernen. Dem revolutionären Volk standen damit die Waffenarsenale der ganzen Stadt zur Verfügung. Es gab keine Truppen mehr, die bereit gewesen wären, die Monarchie zu verteidigen und auf das Volk zu schießen. Der Zarismus brach wie ein Kartenhaus zusammen. Nikolaus II. dankte ab.

Sieg und Fortdauer der Revolution

Der 12. März (27. Februar laut damaliger Zeitrechnung) war also der Tag, an welchem das Zarenregime beendet war und die Revolution ihren entscheidenden Sieg davontrug. Am gleichen Tag erliess der soeben gebildete «Provisorische Vollzugsausschuss des Arbeiterrates» einen Aufruf zur Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten («Sowjets»). Parallel dazu wurde in der Reichsduma — das vom Zaren zugelassene Scheinparlament — die erste «Provisorische Regierung» gebildet. Es war eine gemässigte, demokratische Regierung unter dem Vorsitz des liberalen Fürsten Lwow. Aussenminister wurde der Moskauer Geschichtsprofessor Miljukow, einer der Führer der Partei der «Konstitutionellen Demokraten» (K. D.). Justizminister war der gemässigte Sozialrevolutionär Kerenski. Die Arbeiter- und Bauernparteien (Sozialdemokraten, Bolschewiken und Menschewiken, Sozialrevolutionäre) blieben zunächst ausserhalb der Regierung und beschränkten ihre Tätigkeit auf die sehr aktiven und einflussreichen Räte (Sowjets).

Die Provisorische Regierung beschloss schon in den ersten Tagen eine vollständige politische Amnestie, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Streikrecht, Aufhebung aller wirtschaftlichen, konfessionellen und nationalen Beschränkungen, Vorbereitung allgemeiner Wahlen für eine Konstituierende Nationalversammlung aufgrund eines allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes, Ablösung der alten Polizei durch eine neue Volksmiliz, Abschaffung der Todesstrafe.

Die Regierung Lwow-Miljukow regierte bis Mai 1917. Es folgten drei Koalitionsregierungen, die je zwei Monate bis zur bolschewistischen Macht ergreifung im November 1917 dauerten. Der Einfluss der sozialistischen Parteien in diesen Regierungen wurde von Monat zu Monat stärker.

Eine neue Nationalitätenpolitik wurde eingeleitet. Die Ausnahmegesetze gegen Juden und andere nationale Minderheiten wurden aufgehoben. Finnland wurde freigegeben. Den Polen, Balten und Ukrainern wurde Selbstbestimmungsrecht zugesichert. All das geschah schon im ersten An-

sturm der Märzrevolution, als die Bolschewiken noch eine Minderheit waren und Lenin aus der Emigration noch nicht heimgekehrt war.

In einer wichtigen Frage konnte die Provisorische Regierung sich allerdings zu keiner Entscheidung durchringen: die Weiterführung des Krieges. Hier entstand zwischen Regierung und Volk eine immer grössere Kluft. Auf diese Weise ergaben sich in den nächsten Monaten für die bolschewistische Antikriegspropaganda immer günstigere Gelegenheiten.

Der Sturz des Zaren erschütterte die Welt in ihren Grundfesten. Die jahrhundertealte absolute Monarchie der Romanows zerbrach in wenigen Tagen unter dem Ansturm des eigenen Volkes — ein gefährliches Beispiel für ganz Europa. Im folgenden Jahr rollten auch die Kronen der Hohenzollern und der Habsburger in den Sand der Geschichte. Die russische Märzrevolution war nur der Auftakt einer Bewegung, die den ganzen europäischen Kontinent umpflügte.

(Aus dem Manuskript eines von Georg Scheuer verfassten Buches über die Russische Revolution. Es erscheint im Herbst dieses Jahres im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover.)

Blick in die Zeitschriften

Hinweise

Die «Schweizer Monatshefte» lassen in ihrem Februar-Heft den amerikanischen Professor für Rechtswissenschaft und internationale Beziehungen an der Columbia Universität, Richard N. Gardner, zum Problem «Stimmrecht und tatsächliche Macht in den UN» Stellung nehmen. Die von Gardner vorgebrachten Vorschläge zu einer Reformierung der UNO sind ganz im Sinne und Interesse der gegenwärtigen Politik der USA. Andererseits wird es immer offensichtlicher, dass die grossen und mittleren Mächte ihre nationalen Interessen immer mehr ausserhalb der UN verfolgen werden, wenn die Kräfteverteilung in den Vereinigten Nationen nicht mit den wirklichen Verhältnissen in Einklang gebracht werden, denn es steht fest, dass in der Generalversammlung der UN die für wichtige Fragen erforderliche Zweidrittelmehrheit von Nationen erreicht werden kann, die zusammen nur zehn Prozent der Bevölkerung aller Mitgliedstaaten stellen. Es wäre zu begrüßen, wenn die «Monatshefte» ihre Leser nun auch mit den Vorschlägen aus dem östlichen wie aus dem neutralen Lager bekannt machen würden, denn eine Reorganisation der UN kann ja nur auf Grund eines Kompromisses zwischen diesen oft sehr gegensätzlichen Vorschlägen erfolgen. Sicher werden viele Leser der «Monatshefte» die Arbeit von Peter Gosztony «Admiral Horthy» mit gemischten Gefühlen oder mit Befremden lesen. Hat es diese Zeitschrift notwendig, einen Diktator, der so viel Elend über das ungarische Volk und im speziellen über die ungarische Arbeiterschaft gebracht hat, zu rechtfertigen und ihn zu einem vom Schicksal hart angefassten, aber für sein Volk nur das Beste